

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Zugpreis: vierteljährlich 300 Mark, unter Kreuzband 400 Mark
Eingetragen in die Postzustellungsliste, Redaktionsschluss Montag früh 8 Uhr

Vorleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Eichenberg
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 69

Inserentionspreis
Für Geschäftsanzeigen: die sechsgepaaltene Nonpareillezette 100 Mark,
Gratulationen die Zelle 60 Mark, für Todesanzeigen die Zelle 40 Mark.

Haben wir vorgesorgt?!

Die außergewöhnliche Entwicklung der Verhältnisse zwingt zur Betrachtung, ob wir unserer Pflicht genügt haben: unserer Pflicht als Organisation und unserer Pflicht als Organisationsmitglieder.

Die Arbeiter haben sich ihre Organisationen geschaffen als Waffe zum Schutz ihrer Interessen und Rechte, zur Verbesserung ihrer Lebenslage. Sie haben dieses Ziel verfolgt durch die Wucht der Zahl ihrer Mitglieder, die um so mehr wirkte und Erfolg brachte, je größer die Zahl der Mitglieder, je geschlossener die Organisation, je mehr die Mitglieder diszipliniert waren, im ergebnislosen Falle durch die Verweigerung der Arbeit, durch Kampf, der wieder um so wirksamer war und Erfolge zeitigte, je besser der Kampffonds ausgestattet war, je mehr Kampfmittel der Organisation zur Verfügung standen.

Die Kampfmittel der Organisation setzen sich ausschließlich aus den Beiträgen der Mitglieder zusammen. Wir wollen damit nicht wiederholen, was jedes Mitglied weiß, wir stellen nur die Tatsache hier fest. Die Mitglieder sind also in erster Linie und allein daran interessiert, wie gut oder weniger gut ihr Kampffonds beschaffen ist, mit wieviel mehr oder weniger Erfolg sie sich dieses unentbehrlichen Hilfsmittels im Kampf um ihre Rechte und Interessen bedienen können, die Mitglieder sind auch der alleinige Faktor, der den Kampffonds gut oder ungenügend gestalten kann. Wir sind nicht im Zweifel, daß jedes Mitglied seiner Organisation das größtmögliche Maß von Einfluß, Kraft und Macht zur Vertretung seiner Interessen und der Interessen der gesamten Kollegenschaft wünscht und für erforderlich, für selbstverständlich hält; wir sind auch nicht im Zweifel, daß jedes Mitglied die Rühlichkeit und die guten Eigenschaften eines für alle Fälle ausreichenden Kampffonds einseht und ihn vorhanden sehen möchte. Aber — zwischen der Erkenntnis, dem Wünschen und der Tat ist bei vielen Mitgliedern nicht der richtige Verbindungsweg vorhanden, sie bleiben beim Erkennen und Wünschen, sie wollen schließlich auch; aber zur Tat können sie sich nicht aufschwingen.

Ohne Zweifel sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft jetzt nicht so, daß sie zu besonderen finanziellen Leistungen für die Organisation ermutigen; der Reallohn sinkt trotz aller Vohnerhöhungen immer mehr. Aber ein Verhängnis für die gesamten Arbeiter wäre es, wollten sie deshalb der Organisation weniger leisten als sie unbedingt braucht, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Alles, was sie der Organisation geben, das tun sie für sich selbst und ausschließlich für sich selbst. Gar nicht zu reden davon, daß ohne die Organisation die Arbeiter schon längst ein Spielball der Unternehmerwillkür sein würden — sehen die Mitglieder infolge ungenügender Beitragsleistung ihre Organisation schwachmatt, dann ist es in kürzester Zeit um ihren ganzen Einfluß im Wirtschaftsleben geschehen. Dann fragt niemand mehr nach ihnen, wenn man ihnen den Lohn nach Gutdünken bemißt, die Arbeitszeit verlängert, alle Errungenschaften auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete, das Ergebnis langjähriger Kämpfes und vieler Kämpfe, kurzerhand beseitigt.

Nach der Verlängerung der Arbeitszeit zur angeblich größeren Produktivität ruft man im Scharfmacherlager immer offenkundiger.

Die Zeichen mehren sich, daß die Unternehmer systematisch die gewerkschaftlichen Organisationen zu schädigen, ihren Einfluß zu untergraben suchen; die sozialen Errungenschaften sollen auf ein „vernünftiges“ Maß zurückgeführt werden; deutsche und französische Kapitalisten sind sich einig, auf innerpolitischem Gebiete eine gemeinsame Front zu bilden, d. h. die organisierte Arbeiterschaft niederzuschlagen und die Gewerkschaftsorganisationen einflusslos zu machen, wie es in Frankreich im Interesse der intensiveren Ausbeutung der Arbeiter schon geschehen ist.

„Herunter mit den Löhnen“ schreien die Schwerindustriellen in Deutschland, und die Zahl der Raubbeter wird sich baldigst mehren.

Arbeitet länger, damit wir Millionen Arbeiter aus dem Produktionsprozeß ausscheiden können, ist die Sehnsucht unserer kapitalistischen „Wirtschaftsführer“,

den nach Meinung des Professors Gruber-München sind 15 Millionen Deutsche zu viel im Lande, sie müßten also dem Hungertode ausgeliefert werden.

Vernachlässigen wir die gewerkschaftliche Organisation, dann werden wir in Kürze unser blaues Wunder erleben.

Haben wir vorgesorgt, damit wir solchen greifbaren Möglichkeiten gewappnet gegenüberstehen? Kann das jedes Mitglied unseres Verbandes von sich sagen? Schläge sich ein jeder an die Brust, ob er die seinem Lohn entsprechenden Beiträge zahlt, ob er bemüht ist, durch Zuführung neuer Mitglieder die Organisation zu stärken. Es werden viele da sein, die das nicht von sich sagen können.

Die Zeit ist ernst, allzuernst, weit ernster als ein großer Teil der Mitglieder sich vorstellt. Wir haben mit erheblicher Verminderung der Arbeitsgelegenheit zu rechnen; dann werden die davon Betroffenen am ersten spüren, wie kurzfristig es war, zu niedrige Beiträge zu zahlen. Die Kämpfe werden schwerer werden und dann wäre es schlimm um die Kollegenschaft bestellt, wenn die Organisation nicht die nötigen Mittel zur Verfügung hätte.

Die Organisation sind die Kollegen selbst; wer sie nicht lebens- und wirkungsfähig erhält, gibt sich selbst auf und überläßt sein Schicksal der Gnade der Unternehmer. Wer das nicht will, der beherzige unsere Mahnung, sonst könnte es ein böses Erwachen geben.

Der richtige, dem Lohn entsprechende Beitrag dem Verbands, unserem einzigen und wirksamsten Schutz, dann aber auch alle Kräfte angespannt, das Heer der Kämpfer ist zu vermehren, die Organisation als geschlossene Phalanx, zum wirksamen Schild und Schild zu gestalten!

Alkohol und Abstinenz.

II.

Der Entwurf zu einem Schankstättengesetz.

Bevor wir das Thema weiter erörtern, wollen wir Notiz nehmen von Vorgängen im Rahmen der Sache:

Das Reichswirtschaftsministerium hat den „Entwurf zu einem Schankstättengesetz“ ausgearbeitet unter Mitwirkung und allzu reichlichem Einfluß der Abstinenten. Besonders die §§ 2, 6 und 25 geben dem Gesetz das abstinenzlerische Gepräge und zeigen, wohin die Reise gehen soll. Und die Abstinenten erklären auch ganz offen, daß dieses Schankstättengesetz der Anfang von der „Trodenlegung“ Deutschlands sein soll.

§ 2 sagt:

„Wenn eine Gemeinde, ein Gemeindeverband oder ein Verein zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs die Erlaubnis zum Betriebe einer Gast- oder Schankwirtschaft beantragt, darf die Erlaubnis an dem Antragsteller nur zur Fortsetzung eines bestehenden Betriebes erteilt werden oder wenn ein weiteres Bedürfnis besteht.“

Also „ein anderer“ bekommt die Erlaubnis zum Betriebe einer Gast- oder Schankwirtschaft nicht, wenn eine Gemeinde, Gemeindeverband oder Verein zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs die Erlaubnis beantragt hat. Dieser Antrag wird immer vorliegen von seiten eines Vereines zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, so daß „ein anderer“ nicht mehr Aussicht auf eine solche Erlaubnis hat. Nun gestattet ja § 2 die Erlaubnis an „andere“ Antragsteller zur Fortsetzung eines bestehenden Betriebes. Da sagt aber nun

§ 6:

„... Für Betriebe, die am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehen, erlischt die Befugnis zum Betriebe, auch wenn bisher eine Erlaubnis nicht erforderlich war, mit dem Ablauf von 30 Jahren nach diesem Tage.“

Also auch die in § 2 vorgesehene Erlaubnis zur Fortsetzung eines bestehenden Betriebes hat nur Zeitwert. Da aber die Abstinenten mit diesen Bestimmungen nicht schnell genug zum Ziel kommen, verlangen sie in § 25:

„Durch Landesgesetz kann angeordnet werden, daß auf Verlangen mindestens eines Zehntels eine Ab-

stimmung der wahlberechtigten Gemeindeglieder stattfindet, die darüber entscheidet.

1. ob in der Gemeinde die Erlaubnis zum Betriebe neuer Schankstätten geistiger Getränke noch erteilt werden darf,

2. ob in der Gemeinde die Erlaubnis zum Betriebe von Schankstätten geistiger Getränke noch erteilt werden darf,

3. ob in der Gemeinde der Ausschank von Branntwein verboten werden soll.

Im Falle des Absatzes 1 Ziffer 3 erlöschen die bestehenden Erlaubnisse ohne Entschädigung.

Die zur Durchführung eines solchen Beschlusses nötigen Anordnungen trifft die oberste Landesbehörde.

Die Abstimmung kann frühestens alle fünf Jahre wiederholt werden.“

Wir haben hier also eine progressive Steigerung des Verlangens, worüber ein Zehntel der wahlberechtigten Gemeindeglieder mindestens alle fünf Jahre eine Abstimmung erzwingen können mit einem großen Aufwand an Zeit, Geld und der nötigen Aufregung, ob Gemeindeglieder, die nicht so wollen wie die Abstinenten, auf die Stufe der unmündigen Kinder gesetzt werden und ihnen befohlen wird, was sie genießen und was sie unterlassen sollen. Menschen mit Vernunft sollte man es nicht zutrauen, derartige Anerbietungen sich zu erdreissen, mindestens sollte man beim Reichswirtschaftsministerium so viel Vernunft voraussetzen.

Gegen diesen Abstinentenvorstoß zur Entmündigung des deutschen Volkes unter Vorschubung des Reichswirtschaftsministeriums nahm eine Versammlung der zunächst Interessierten am 1. Dezember in der „Neuen Welt“, Berlin, Stellung. Zu den Veranstaltern zählten die diversen Arbeitgeberorganisationen der Brauerei-, Spiritus- und Weinbranche und des Gastwirtsberufes, und von den Arbeitnehmerorganisationen der „Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter“ und der „Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten“. Der Riesensaal in der „Neuen Welt“ war überfüllt, Gänge und Galerien vollgestopft — als Auftakt zur Abwehr gegen die beabsichtigte Bevormundung des Volkes und Vernichtung der Existenz hunderttausender Volksgenossen. Gegen eine Stimme wurde folgende Entschließung angenommen, nachdem die Organisationsvertreter sich für die Entschließung erklärt hatten:

„Die am 1. Dezember 1922 in Berlin versammelten Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Brauindustrie, dem Weinhandel, der Spirituosenfabrikation und dem Gastwirtsberuf lehnen den vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Entwurf eines Schankstättengesetzes einmütig ab. Sie erkennen an, daß gewissen Mißbräuchen des Alkoholenusses gerade in der gegenwärtigen ernsten Zeit mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken werden muß. Die in dem Schankstättengesetz vorgesehenen Maßnahmen müssen jedoch teilweise als völlig ungeeignet, zu einem anderen Teile als viel zu weitgehend und die Existenz der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der genannten Gewerbe gefährdend abgelehnt werden.“

Die Versammlung weist darauf hin, daß nach der amtlichen Statistik der Verbrauch an geistigen Getränken jetzt nur noch einen Bruchteil von dem ausmacht, was vor dem Kriege im deutschen Volke konsumiert wurde. Es ist daher eine Verfeinerung der Deffentlichkeit, wenn von seiten der Abstinenzbewegung immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, als ob gerade neuerdings ein übermäßiger Genuß sich breit gemacht hätte, der einschneidende Maßnahmen erforderte. Das Gegenteil ist der Fall. Die große Masse des Volkes ist schon aus wirtschaftlichen Gründen genötigt, sich im Genuß geistiger Getränke größte Beschränkung aufzuerlegen, und diese Entwicklung wird aller Voraussicht nach auch weiterhin anhalten.

Klarer denn je tritt die Tatsache zutage, daß es der Abstinenzbewegung nicht nur darum zu tun ist, Mißbräuchen des Alkoholenusses, die auch von der Versammlung verurteilt werden, entgegenzutreten, sondern vielmehr einer vollständigen Trodenlegung des ganzen Landes nach amerikanischem Muster den Boden vorzubereiten. Ihr letztes Ziel ist also, auch dem erwachsenen und gesunden Menschen den anregenden

Genuss jeglicher Art von geistigen Getränken gewaltsam zu verwehren. Hiergegen müssen sich nicht nur die beteiligten Interessenten, sondern auch alle diejenigen deutschen Staatsbürger entschieden auflehnen, die in der Freiheit ihrer Persönlichkeit ein unantastbares Gut erblicken.

Der Artikel in voriger Nummer muß beginnen: Alkoholhaltige Getränke usw.

Goldpreise — aber auch Goldlöhne!

(Auf den nachfolgenden Artikel von Frh. Tarnow in Nr. 38 der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde schon von Artur Saturnus, Nr. 48 der „Verbandszeitung“, im Artikel „Und nochmals Goldlöhne“ bezug genommen. Wir geben deshalb zur Ergänzung der Diskussion über diese Frage die Darlegungen Tarnows nachfolgend vollständig wieder.)

Vor dem Kriege hatten wir eine Goldwährung, die im großen und ganzen ein stabil bleibender Wertmesser im nationalen und internationalen Wirtschaftsverkehr war. Zwar bestanden die Zahlungsmittel auch damals nur zum kleinsten Teile aus Goldmetall, aber die Banknoten, Silber-, Nickel- und Kupfermünzen galten als Wertmesser genau soviel, wie ihr im Verhältnis zum Gold aufgedruckter Wert besagte. Aengstliche Gemüter hätten sich jederzeit diese anderen Geldzeichen gegen Gold zum vorgeschriebenen Münzfuß bei der Reichsbank eintauschen können, die dazu verpflichtet und in der Lage war. Heute ist das anders geworden. Die Goldwährung hat bei uns aufgehört zu existieren, und die Papiermark ist, genau betrachtet, überhaupt keine Währung mehr. Sie ist nur noch Zahlungsmittel, hat aber die wichtigste Eigenschaft einer Währung, Wertmesser zu sein, fast ganz verloren.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitiker zerbrechen sich den Kopf darüber, wie diesem Uebel abzuhelfen sei und wie zum mindesten unsere Währung wieder stabilisiert werden könnte. Denn es ist klar, daß schlimmer noch als die Entwertung der deutschen Mark die sprunghaftesten Schwankungen, denen sie als Wertmesser unterliegt, zerrüttend auf die Wirtschaft wirken. Die Lösung des Problems erscheint aber unmöglich wie die Quadratur des Kreises, solange der gesamte Etat des deutschen Volkes durch Reparationen und Unterbilanz im Außenhandel mit einem absoluten und hoffnungslosen Minus abschließt, solange insgedessen unausgesetzt neue Balken Papierbanknoten gedruckt werden müssen, die zu weiterer Marktentwertung und wiederum zu vermehrtem Banknotendruck führen.

Was nun aber den gelehrten Finanztheoretikern noch nicht gelungen ist, das haben findige Männer der Wirtschaft ganz in der Stille mit den einfachsten Mitteln spielend zumege gebracht. Ihnen, die nicht einmal Wert darauf legen, dafür öffentlich belobt zu werden, haben wir es zu danken, daß nun tatsächlich schon wieder eine stabile Währung besteht. Zwar noch nicht allgemein, sondern vielmehr unter Ausschluß der breiteren Öffentlichkeit. Aber die Anwendung dieser stabilen Währung für diejenigen, die sich darauf verstehen, ist so segensreich, daß ihre Verbreitung wie ein Steppenfeuer um sich greift, so daß sie vermutlich binnen kurzem den gesamten innerdeutschen Geschäftsverkehr beherrschen wird.

Die Sache ist die, daß nicht etwa die Papiermark stabilisiert, sondern neben ihr eine zweite, gewissermaßen illegale Währung eingeführt worden ist. Der Einfachheit wegen hat man dazu eine bestehende Währung genommen, und zwar die in der Weltfinanz stabilste, nämlich den Dollar. Praktisch vollzieht sich der Vorgang folgendermaßen: der Preis einer Ware wird dem Abnehmer in einer bestimmten Papiermarksumme in Rechnung gestellt. Aber es ist damit eine Klausel etwa folgenden Inhalts verbunden: „Vorstehende Preise verstehen sich bei einem Dollarkurs von 1500 Mk. Zahlung hat zu erfolgen nach dem am Zahlungstag geltenden Dollarkurs.“ Steht der Dollar am Zahlungstag auf 3000 Mk., so verdoppelt sich in diesem Fall die in Rechnung gestellte Papiermarksumme. Dieses Verfahren wendet der Rohstoffverkäufer gegenüber dem Fabrikanten an, dieser gegenüber seinem Abnehmer, und so geht das weiter durch alle Zwischenhandelsstationen bis zum letzten Kleinhändler.

Hier ist also die Papiermark wohl als Zahlungsmittel beibehalten, aber als Wertmesser völlig ausgeschaltet. (Neben gibt es schon zahlreiche Beispiele, daß im innerdeutschen Verkehr die Papiermark auch als Zahlungsmittel nicht mehr angenommen wird; aber davon soll hier nicht weiter die Rede sein.) Der Wert eines Paars Stiefel wird nicht mit 4000 oder 6000 Mk. bemessen, sondern etwa mit 3 Dollar, und wie hoch ihr Preis in Papiermark ist, das hängt nicht mehr vom Stiefel, sondern vom jeweiligen Preis des Dollars ab. Vielleicht ist es nur noch eine Frage der Zeit, daß auch die Preisangaben in den Schaufenstern nicht mehr in Papiermark, sondern in Dollar oder einer anderen Goldwährung notiert werden. Wenn dann dasselbe Paar Stiefel, das gestern (bei einem Dollarkurs von 1500 Mk.) 4500 Mk. kostete, morgen (bei einem Dollarkurs von 2000 Mk.) 6000 Mk. kostet, würde der erkhardt Käufer immerhin leichter die Erklärung für diesen Vorgang finden, denn er heute in Verzerrung und Fiktion gegenübersteht. Tatsächlich hat die Methode der Dollarberechnung bereits einen Umfang angenommen, den die Öffentlichkeit kaum ahnt, und jeden Tag gehen neue organisierte Industriezweige zu diesem System über. Daß die Landwirtschaft dahinter nicht zurückbleiben will, versteht sich von selbst. Landwirtschaftliche Organisationen veröffentlichten in ihren Zeitungen täglich Notizen etwa folgender Art: „Dollar heute 1600! Landwirte, richtet euch danach!“

Frägt man nach der moralischen Berechtigung der Dollarberechnung im innerdeutschen Wirtschaftsverkehr, so kann darauf weder mit einem glatten Nein noch mit einem solchen Ja geantwortet werden. Der Fabrikant, der ausländische Rohstoffe verarbeiten muß, kann, ohne sich zu ruinieren, nicht fortgesetzt diese Rohstoffe zum hochwertigen Salutapreis einkaufen, wenn er für seine Fabrikate nur entwertete deutsche Papiermark bezahlt bekommt. Das erklärt auch, daß in erster Linie die Textilindustrie die neue Rechnungswährung anwendet. Nun stehen aber selbst im Preis des Baumwollgarns nicht ausschließlich die Dollarkosten für Baumwolle, sondern daneben auch die Marktkosten des Arbeitslohnes und der sonstigen durch innerdeutsche Preise bestimmten Produktionskosten. Indem aber der Baumwollspinner den Gesamtpreis für sein Garn mit dem Dollar steigen läßt, berechnet er also auch Arbeitslohn, Verzinsung des Betriebskapitals und die andern Produktionskosten nach Dollarkurs, während er dies alles mit entwerteter Papiermark bezahlt. Auf diese Weise kommen selbst die Fabrikanten, die nur ausländische Rohstoffe verarbeiten, nicht nur zu einer Sicherung gegen Geldentwertung, sondern darüber hinaus zu einem Ertragsgewinn, der noch größer wird bei denen, die nur zum kleinsten Teil oder gar keine ausländischen Rohstoffe verarbeiten.

Schließlich entwickeln sich nun die Dinge so, daß alle Warenpreise nach dem festen Dollarkurs „stabilisiert“ werden. Allerdings sind es nur die Produzenten und Händler, die in der Welt der stabilisierten Währung leben, gegen alle Folgen der Marktverschlechterung gesichert sind und sich den Teufel darum zu kümmern brauchen, ob die deutsche Währung vollends vor die Hunde geht. Für den Nur-Konsumenten aber, für den Lohn- und Gehaltsempfänger, ergeben sich daraus geradezu katastrophale Zustände. Er lebt noch ganz in der Welt der Papiermarkwährung, und die Ware, die er zu seinem Lebensunterhalt einkaufen muß, zeigt ihm nicht ihr stabiles Dollar-, sondern ein ewig wechselndes Papiermarkgesicht, eine Frage, die sich von Stunde zu Stunde verändert und mit jedem Tag unformiger und abschreckender für den entsetzten Käufer wird, dem die Kaufkraft seiner Papiermarklöhne in der Hand zusammenschmilzt wie Butter über offenem Feuer.

Was ist hier zu tun und welche Stellung sollen insbesondere die Gewerkschaften dazu einnehmen? Man kann versuchen, mit den schärfsten gesetzlichen Zwangsmaßnahmen gegen die Anwendung der illegalen Währung zu Felde zu ziehen, und solche Erwägungen werden ja auch schon angestellt. Wenn es gut geht, wird man damit einige Auswüchse bescheiden können; aber an das Uebel selbst wird man auf diese Art vermutlich nicht herankommen. Es nützt nichts, etwa zu verhindern, daß in Dollar geredet und geschrieben wird, weil man nicht verhindern kann, daß darin gedacht und gerechnet wird. Ausficht auf Erfolg besteht höchstens, wenn die maßgebenden Kreise der Industrie und des Handels mit ihren Organisationen und Kartellen sich in den Dienst dieser Sache stellen wollten. Aber die denken nicht im entferntesten daran, sondern im Gegenteil, sie erklären heute ganz offen, daß die Anwendung einer stabilen Rechnungswährung für die Wirtschaft eine unbedingte Lebensnotwendigkeit sei, deren Preisgabe ihren Ruin bedeute. Eben erst hat der Hauptreferent auf dem Industrie- und Handelstag als notwendigste Gegenmaßnahmen gegen die Kreditnot der Industrie empfohlen: „Starke Preiserhöhungen und Fakturierung in Auslandsvaluta.“ Unter diesen Umständen dürfte die Anwendung von Zwangsmaßnahmen lediglich die Wirkung haben, daß noch für einige Zeit die Illusion von der Papiermark als Wertmesser erhalten bleibt.

In Wirklichkeit aber wird folgendes eintreten: Der Dollar — oder eine andere Goldwährung — bestimmt schließlich ganz allgemein die Warenpreise. Damit schaffen sich die Warenhersteller und Verkäufer eine absolute Sicherung gegen alle Verluste aus der Papiermarkentwertung. Diese Entwertung wird aber um so schneller fortschreiten, je mehr die Dollar- oder Goldwährung sich durchsetzt. Das hat unweigerlich zur Folge eine weitere Wertverminderung am deutschen Volkvermögen und Volkseinkommen; aber von diesem Verlust bleiben nun die allein noch tragfähigen Schultern der Wirtschaft gänzlich verschont, und die ungeteilte Last stürzt sich zermalmend auf diejenigen, die ohnehin schon am Zusammenbrechen sind. Eine stabile Goldwährung für die Sachwertbesitzer und eine unsichere, immer wereloser werdende Papiermarkwährung für die große Masse der andern, für das arbeitende Volk; es ist kaum auszu denken, wohin es führen müßte, wenn eine solche Art von Doppelwährung in dieser Gestalt nicht verhindert werden könnte.

Gibt es aber kein wirksames Mittel, um die zweite Währung, die sich illegal eingeschlichen hat, zu beseitigen, dann bleibt nur übrig, sie zu legalisieren und offiziell zum allgemeinen Wertmesser zu machen. Das bedeutet Goldwährung nicht nur für die Warenpreise, sondern auch für die Arbeitslöhne! Und auch Goldsteuern für den Staat und Goldzinsen für die Spargroßen! Mir scheint, daß diese Forderung sich zwangsläufig aus der gegenwärtigen Situation ergibt und daß kein anderer Ausweg da ist. Es handelt sich heute nicht mehr darum, die Einführung einer neuen Goldwährung abzuwehren, denn sie ist bereits da, sondern nhd darum, ihr eine solche Form zu geben, daß die Masse der Arbeitenden nicht daran zugrunde geht. Wie entsetzlich deren Lage ist, wenn sie an die sinkende Papiermark gekettet ist, während die Preise alles Lebensbedarfs mit dem steigenden Dollar davonrennen, das sehen wir in diesen Wochen der Angst und Verzweiflung zur Genüge. Dieser Zustand ist einfach unerträglich.

Nun wird freilich die Durchführung einer Goldwährung auch für die Arbeitslöhne nicht einfach auf dem Wege einer Dollarklausel in den Tarifverträgen zu erreichen sein, obwohl das zum mindesten gegenüber Unternehmern, die für ihre Erzeugnisse die Salutatfakturierung anwenden, nur recht und billig wäre. Stellt man sich aber vor, daß beispielsweise der Dollar am Bortage der Lohnzahlung auf 1600 steht, am Lohn- tage zufällig auf 1400 sinkt, um am nächsten Tage auf 1700 zu steigen, wird man sofort erkennen, daß diese mechanische Anwendung der Salutatfakel hier nicht möglich ist. Andererseits besteht heute keinerlei Gewähr dafür, daß bei sinkendem Dollarkurs die Papiermarkpreise der Ware tatsächlich mitsinken. Solange nach außenhin die Fiktion aufrechterhalten bleibt, daß die Papiermark der wirkliche Wertmesser sei, wird eben der Dollarpreischarakter den Waren immer dann verloren gehen, wenn der Dollar einmal sinkt. Darum müssen die offizielle Anerkennung und allgemeine Einführung einer festen Rechnungswährung vorausgehen. Erst wenn eine solche besteht, wird man mit Erfolg auch die Wucher- und Preistreibeiregeln zur Anwendung bringen können.

Wird die Notwendigkeit eines festen, allgemeingültigen Wertmessers anerkannt, dann ist die Form in erster Linie eine finanztechnische Angelegenheit. Man wird sich vorstellen können, daß die Papiermark wie bisher als Zahlungsmittel gilt, daß nebenher aber eine besondere Rechnungswährung läuft. Daß dazu schlechthin der Dollar oder eine andere ausländische Währung benutzt wird, erscheint aus mancherlei Gründen nicht zweckmäßig; eher würde man vielleicht auf die amtlichen Preisnotierungen für deutsche Goldmünzen zurückgreifen und danach ein brauchbares, der tatsächlichen Goldwährung angepaßtes System ausarbeiten.

Wenn hier von „Goldlöhnen“ die Rede ist, soll damit nun nicht etwa die Illusion erweckt werden, als ob auf diesem Wege das Lohnproblem an sich gelöst werden und durch die einfache Festsetzung eines Goldlohnes der Reallohn der Vorkriegszeit wieder erreicht werden könnte. Die Lohnhöhe an sich hängt in erster Linie von wirtschaftlichen Voraussetzungen und nicht von der Währung ab. Hier handelt es sich um die Sicherung des Lohnes gegen die Geldentwertung, um eine Beseitigung des unglückseligen Zustandes, der uns heute zu unaufhörlichen Lohnverhandlungen und Kämpfen zwingt, nicht um eine tatsächliche Erhöhung des Reallohnes, sondern um den Verlust wieder aufzuholen, der durch das Sinken des Reallohnes infolge der Papiermarkverschlechterung dauernd vor sich geht. Eine feste Rechnungswährung, die Warenpreise und Arbeitslöhne gleichmäßig umschließt, wird uns dagegen schützen, daß der Erfolg eines Lohnkampfes durch die Geldentwertung schon wieder vernichtet ist, bevor der erste Zahlungstag gekommen ist.

In diesem Zusammenhang ist deutlich zu erkennen, in welcher hohem Maße durch die augenblicklichen Währungsverhältnisse neben den allgemeinen Volkssinteressen die besonderen gewerkschaftlichen Interessen berührt werden. Darum erscheint mir eine Diskussion der hier angeschnittenen Fragen im Kreise der Gewerkschaften ebenso notwendig wie dringend zu sein.

Reparationsfrage und internationale Verschuldung.

Die Lösung des Reparationsproblems im Sinne einer befriedigenden Regelung für Deutschland und auch für die übrigen Staaten hängt trotz der zahllosen Besprechungen und Konferenzen noch immer vollkommen in der Schwebe. Die deutsche Reichsregierung hat durch die letzte Note des Kabinetts Wirth an die Reparationskommission in Uebereinstimmung mit den wesentlichen Teilen des Gutachtens der internationalen Finanzsachverständigen dargelegt, daß Deutschland zur Sicherung einer geordneten Existenz einen langfristigen Zahlungs- und Lieferungsaußschub und internationalen Kredit nötig habe. Diese Note hat überall in der Welt, ausgenommen vielleicht nur die französischen Machthaber und der neue Steuermann des italienischen Staatsschiffes, einen starken Eindruck gemacht. Die Ueberzeugung hat sich Bahn gebrochen, daß die Fortsetzung der Gewaltpolitik den europäischen Ruin beschleunigen muß. Besonders deutlich hat das auch gelegentlich der Propagandareise Clemenceaus nach Amerika eine Gruppe amerikanischer Senatoren offi-

ziell ausgesprochen, die Frankreichs Politik gegen Deutschland die alleinige Urheberschaft der verworrenen Verhältnisse in Europa zuschieben.

Durch den Krieg sind alle am Krieg beteiligt gewesenen Staaten stark verschuldet. So lange man noch dem Phantom nachliefe, daß Deutschland alles bezahlen werde und bezahlen könne, hat man sich wegen der Schulden nicht allzu große Sorgen gemacht. Seit geraumer Zeit schon wissen auch die, die immer und immer wieder rufen, Deutschland energisch den Daumen aufs Auge zu drücken, daß Deutschland nicht in der Lage ist, weiterhin einen erheblichen Teil der Lasten, die ihm anfangs zugemutet worden sind, bezahlen zu können. Nun beginnen diese sich in verstärktem Maße mit einer anderen Möglichkeit der Abwälzung ihrer Schulden zu befassen. Und da gerade die Länder, die noch den gesündesten Finanz- und Wirtschaftskörper haben, unausgesetzt einer vernünftigen Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen das Wort reden, die gleichzeitig auch die Hauptgläubiger der verschuldeten Ententestaaten sind, verlangt man von ihnen in irgendeiner Form den Erlaß der Schulden. Es ist ohne Zweifel eine geschickte Taktik, die hier unter der Führung Frankreichs geübt wird. Frankreich deutet an: Ihr verlangt von mir, daß ich Rücksicht nehme auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, nun verlange ich von Euch Rücksichtnahme auf meine übermäßige Verschuldung, und ich bin ja geneigt, Deutschland entgegenzukommen, wenn Ihr mir durch irgendein Arrangement meine Schulden erlaßt. Diese Verstrickung von Reparationsfrage und Verschuldungsfrage ist der Punkt, an dem die so dringend notwendige Regelung der europäischen Verhältnisse nunmehr festhängt. Frankreich hat ohne Zweifel einen geschickten Schachzug unternommen, der für uns allerdings eher eine Verschärfung als eine Ausbuchtung auf Erleichterung unserer Notlage bedeutet. Wie stark die internationale Verschuldung und insbesondere auch die Verschuldung Frankreichs gegenüber seinen ehemaligen Kriegsgesparten ist, soll im folgenden kenntlich gemacht werden. Nach einer Zusammenstellung des Professors Ernest L. Bogart in seinem Buche „War Costs and Their Financing“ hat der Weltkrieg 1914/18 den europäischen Staaten rund 685,76 Milliarden und den übrigen am Kriege beteiligten Ländern der Welt 147,45 Milliarden, im ganzen also rund 833 Milliarden Goldmark Kosten verursacht. Diese Summe ist weit größer als die sämtlichen vor dem Kriege in der ganzen Welt in Umlauf befindlichen Wertpapiere, die von dem amerikanischen Handelsamt im Jahre 1910 auf 444-463 Milliarden Goldmark geschätzt wurden.

Die Staaten der Entente waren meist nicht in der Lage, die auf sie entfallenen Lasten des Krieges aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Sie borgten bei den Kapitalkräftigsten, bei Amerika und England. Amerika wurde der Hauptgeldgeber. Die verschiedenen Länder der Entente haben bei den Vereinigten Staaten folgende Schuldbeträge aufzulassen:

Belgien	350 428 793	Dollars
Frankreich	3 047 974 555	"
Griechenland	48 236 629	"
Großbritannien	4 277 000 000	"
Italien	1 666 260 179	"
Rumänien	25 000 000	"
Rußland	187 729 750	"
Serbien	26 780 465	"
Tschechoslowakei	67 329 041	"

Von diesen gewaltigen Schuldbeträgen ist bis jetzt so gut wie gar nichts zurückbezahlt. Ja, selbst die Zinszahlung hat noch nicht begonnen.

Zur Ergänzung dieser Zahlen sei noch die folgende Aufstellung angeführt:

Darlehen der Vereinigten Staaten an europäische Länder	10,0 Milliarden Dollars.
Darlehen Englands an europäische Länder	zirka 8,3 Milliarden Dollars.
Darlehen Frankreichs an europäische Länder	zirka 2,7 Milliarden Dollars.

Die von Frankreich hergegebenen Darlehen sind fast ausnahmslos an die Adresse Rußlands gegangen. Sie sind rettungslos verloren. Dagegen hat es keine Schulden an Amerika nicht verloren und ebenso schuldet es noch enorme Summen an England.

England ist fast in gleichem Maße Gläubiger wie Schuldner. Wenn es die Beiträge, die die europäischen Verbündeten - voran Frankreich - von ihm gepumpt haben, zurückhalten würde, würde es ihm wahrscheinlich nicht schwer fallen, die Amerikaner zu bezahlen. England wehrt sich aber seine Schulden an Amerika zu bezahlen, bevor es nicht seine Guthaben aus den anderen Ländern hereinbekommt. Frankreich wiederum ist nicht in der Lage, seine russischen Gelder einzufassen, hat außerdem die größte innere Schuld unter den europäischen Ländern und kann darum keine Schulden nicht bezahlen. Die Vereinigten Staaten aber haben überhaupt keine auswärtigen Schulden. Sie sind ausschließlich Gläubiger anderer Staaten, Gläubiger der ganzen Welt. An ihre Adresse richtet sich darum in erster Linie der Appell auf Schuldenerlaß. Man stellt sich jenseits des Ozeans jedoch taub und macht keine Miene, die 10 Milliarden Golddollars einfach fahren zu lassen.

Die Entente trägt sich mit dem Plane, am 15. De-

zember abermals in Brüssel eine interalliierte Finanzkonferenz abzuhalten, um diese Verwirrung zu lösen. Ob sie stattfinden kann, ist sehr fraglich. Denn Amerika hat bisher nur erkennen lassen, daß es einen „Beobachter“ zu dieser Konferenz schicken will. Es nimmt also nicht teil daran, obwohl seine, des Generalgläubigers Teilnahme eine unerläßliche Voraussetzung für die Reinigung der ganzen Konkursmasse ist. Der amerikanische Finanzkönig Morgan hat den europäischen Staub wieder von seinen Füßen geschüttelt. Es ist also damit zu rechnen, daß nicht einmal die maßgebenden Finanzkreise der Vereinigten Staaten mit der Finanzkonferenz irgendwelche Fühlung halten. Unter diesen Umständen ist es höchst zweifelhaft, ob die belgische Regierung wagen wird, diese schon von allem Anfang an zur Unfruchtbarkeit verdamnte Finanzkonferenz einzuberufen.

Was wird aber dann aus der Regelung der Reparationsfrage? Die Finanzkonferenz sollte den Zweck haben, die interalliierte Verschuldung so zu regeln, daß die europäischen Ententestaaten, und besonders Frankreich, erheblich entlastet würden. Diese Entlastung sollte Voraussetzung für sein Entgegenkommen gegen Deutschland sein.

Eine Verquickung der Reparationsfrage mit der Regelung der internationalen Verschuldung vernebelt von neuem das Schicksal nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas. Die Schwierigkeiten einer Verständigung zwischen den alliierten Gläubigern und Schuldnern werden zu einem neuen Hindernis der Verständigung der Entente über eine vernünftige Regelung der deutschen Leistungspflichten.

Der Ausschuß des ADGB.

hielt seine 3. Sitzung am 27. und 28. November in Berlin ab. In seinem Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes teilte der Vorsitzende Leipart unter anderem mit, daß aus den deutschen Gewerkschaften bisher 26 Vertreter zum Weltfriedenskongreß in Haag angemeldet worden seien. Das in der vorigen Ausschußsitzung verabschiedete Streitreglement hat auch die Zustimmung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes gefunden. Dieser hat es damit auch zu dem seinigen gemacht. Der Bundesvorstand hatte dem Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes eine Denkschrift betr. die Verwendung der deutschen Sprache als dritte Amtssprache des Internationalen Arbeitsamtes überreicht. Allein weder bei den Verhandlungen im Verwaltungsrat noch in der internationalen Arbeitskonferenz fand sich eine Mehrheit dafür. Allerdings hat der Direktor des Amtes in Aussicht gestellt, daß der Briefwechsel mit Deutschen von jetzt an in deutscher Sprache geführt werden soll. Dies könne jedoch nicht als ein besonderes Entgegenkommen angesehen werden und deshalb auch keineswegs befriedigen. Wir müßten uns um die deutsche Sprache mehr wehren. Leipart verwies ferner auf die Notwendigkeit, daß die Verbände, die ihre Mitgliedsbeiträge noch nicht auf die durch die Erfahrung als zweckmäßig erwiesene Höhe von einem Stundenlohn in der Woche gebracht haben, dies so schnell wie möglich nachholen. Dazu zwänge die gewaltige Steigerung der Ansprüche an die Kassen der Verbände, nicht zum wenigsten die fortwährend steigenden Preise der Drucksachen. Es seien schon wiederholt Anfragen von Verbänden gekommen, ob der Bund nicht darin Erleichterungen ermöglichen könne. Der Zentralverband der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufe treibt eine lebhafte Agitation gegen das Bestreben des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, eine Erleichterung des Nachbaderbotes herbeizuführen, daß den Großbäckereien erlaubt sein soll, zur Herstellung von Großgebäck in drei Schichten von je acht Stunden zu arbeiten, damit die vorhandenen Einrichtungen besser ausgenutzt werden können. Der Verband hat auch gegen den Bundesvorstand Stellung genommen, weil dieser das Bestreben des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften unterstützt.

Die Aussprache über den Bericht nahm den ganzen ersten Tag in Anspruch. Man war allgemein der Ansicht, daß in den Gewerkschaften mit größter Sparsamkeit gewirtschaftet werden müsse, daß aber namentlich die Gewerkschaftspresse zur Schulung der Mitglieder jetzt notwendiger sei als je. So daß den Verbänden nicht zu empfehlen sei, ihre Blätter seltener erscheinen zu lassen. Die Einschränkung der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ und der „Betriebsratszeitung des ADGB“ wurde gegen sechs Stimmen abgelehnt. Ferner war der Ausschuß einstimmig der Meinung, daß das Internationale Arbeitsamt sich wegen Auskünften nicht an die einzelnen deutschen Verbände, sondern an den Bundesvorstand wenden müsse. Ueber die Ablehnung der deutschen Sprache drückte der Ausschuß sein lebhaftes Bedauern aus und stellte die Konsequenzen fest, die sich daraus für die deutschen Gewerkschaften ergeben.

In der Beitragsfrage erinnerte der Ausschuß die Verbände an den Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskongresses, wonach ein Stundenlohn als Wochenbeitrag erhoben werden soll.

Der Vertreter des Bäckerverbandes legte in längeren Ausführungen den Standpunkt seines Vorstandes dar, wonach unter allen Umständen im Bäckereigewerbe keine Nacharbeit verrichtet werden darf. Eine Ausnahme für die Großbetriebe werde bald dazu führen, daß das Nachbaderböt allgemein aufgehoben werde und in den Bäckereien die schrecklichen Zustände wieder einreißen, die früher geherrscht haben. Demgegenüber betonten jedoch sämtliche Redner, die zur Sache sprachen, die Notwendigkeit, daß dem Bestreben der Konsumgenossenschaften zu willfahren sei. Es handle sich nicht darum, daß die Bäckereien dauernd nur nachts arbeiten sollten. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß den Großbetrieben der Dreischichtenbetrieb zur besseren Ausnutzung ihrer Produktionseinrichtungen nicht unmöglich gemacht werden dürfe. Dagegen sei das Bestreben des Bäckerverbandes zu unterstützen, die Wiedereinführung der Nacharbeit in Kleinbetrieben zu verhindern.

Nachdem der Bundeskassierer Kube einen Ueberblick über die Lage der Bundeskasse gegeben hatte, bewilligte der Ausschuß nach längerer Aussprache dem Bundesvorstand für das letzte Vierteljahr 1922 noch einen weiteren Beitrag von 3 Mt. für jedes Mitglied und für das erste Vierteljahr 1923 einen Beitrag von 7 Mt.

Die Verhandlungen über Produktionssteigerung und Achtstundentag leitete der zweite Vorsitzende Grafmann durch ein Referat ein, das in großen Zügen die Wirtschaftslage kennzeichnete, die eine Hebung der Produktivität der Arbeit bringend erheischt. Die Unternehmer forderten zu diesem Zwecke eine Verlängerung der Arbeitszeit. Daher die von ihnen mit vereinigten Kräften unternommenen fortwährenden Angriffe auf den Achtstundentag. Ein Unternehmervertreter habe kürzlich gesagt, daß es sich darum handle, ob das deutsche Volk durch Arbeit und Sparsamkeit wieder ein freies Volk werden oder um einiger Prinzipien willen untergehen wolle. Man habe erklärt, es sei verhältnismäßig leicht, den einzelnen Arbeiter zu Überstunden zu gewinnen, aber schwer, mit den Gewerkschaften zu einer Regelung zu kommen. Ferner rede man von einer von den Gewerkschaften betriebenen Revellierung der Löhne, die dem fortgeschrittenen Arbeiter die Freude an der Arbeit nehme. Demgegenüber stellte der Redner fest, daß die Gewerkschaften mit der Steigerung der Produktionsmenge und -qualität in Deutschland durchaus einverstanden seien. Das solle aber nicht heißen, daß sie den Achtstundentag preisgeben und daß die Steigerung lediglich auf Kosten der Arbeiter erreicht werden solle. Als schweres Hemmnis der Produktionssteigerung hob Redner u. a. die von den Unternehmern betriebene Preispolitik hervor, die sich nicht nach der Leistungsfähigkeit der am besten eingerichteten Betriebe richtet, sondern nach den technisch rückständigsten. Man müsse schon verlangen, daß auch die Unternehmer ihren redlichen Teil dazu beitragen, die deutsche Wirtschaft leistungsfähiger zu machen. Ferner sei eine Einschränkung der unproduktiven Kräfte zu fordern, die namentlich im Handel beschäftigt werden. Auch die Landwirtschaft müsse sich umstellen. Dadurch würden wir wesentlich unabhängiger vom Ausland als bisher.

In der Aussprache berichtete Umbreit über die Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz, wobei es sich namentlich darum handelte, ob die Zulassung von Ausnahmen durch das Gesetz oder durch tarifliche Vereinbarungen mit den Gewerkschaften geregelt werden soll. Der Bundesvorstand befürwortet das letztere. Verschiedene Redner wußten über Beispiele von Produktionssteigerung infolge Verkürzung der Arbeitszeit zu berichten und allgemein war man der Ansicht, daß unter allen Umständen am gesetzlichen Achtstundentag festzuhalten sei. Der weitere Verlauf der Aussprache ergab volle Einmütigkeit der Redner auf diesem Gebiete.

Bundesvorsitzender Leipart faßte das Ergebnis der Aussprache zusammen. Die Produktionssteigerung sei notwendig. Die Bormwürfe, daß die Gewerkschaften gegen eine solche seien, seien unbegründet. Die Gewerkschaften könnten aber nicht der Auffassung zustimmen, daß eine Produktionssteigerung nur möglich sei durch Verlängerung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften würden über Überstunden mit sich reden lassen, wenn nachgewiesen würde, daß eine vorübergehende Ueberschreitung der Arbeitszeit notwendig ist, wie sie dies schon in der Vergangenheit getan hätten. Alle Tarifverträge bis auf heute enthielten Bestimmungen über Überstunden. Die Anordnung von Überstunden dürfe aber nicht der Arbeitgeber allein treffen, sondern nur gemeinsam mit den Gewerkschaften. Man müsse ferner im Auge behalten, daß das Gesetz nur vorübergehende Überstunden zulasse und daß nur in wirklich zwingenden Fällen der Achtstundentag überschritten werden dürfe. Es erscheine jedoch zweckmäßiger, die Überstunden außergesetzlich zu regeln als gesetzlich. Den durch die Syndikats- und Kartellpolitik verursachten Produktionshemmnissen werde der Bundesvorstand auf den Grund gehen. Die Gewerkschaften würden im Kampfe gegen die Beseitigung des Achtstundentages nicht erlahmen, ebenso wie sie schon früher in zähen Ringen die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt hätten.

Ferner stand auf der Tagesordnung: „Lohnfragen (Soziallohn, gleitende Lohnskala)“. Leipart leitete die Aussprache darüber durch ein längeres Referat ein, worin er sowohl die gleitende Lohnskala als auch den sogenannten Soziallohn oder Familienlohn aus den schon mehrfach in der Öffentlichkeit erörterten Gründen ablehnte. In der Aussprache vertraten einige Redner eine gegenteilige Auffassung; der Ausschuß schloß sich jedoch der Auffassung Leiparts an.

Bewegungen im Berufe. Mühlen.

† Berlin. Die Aussperrung der Mühlenarbeiter ist durch Schiedspruch erledigt worden. Am Donnerstag, 30. November, sind alle Aussperrten wieder eingestellt worden, ebenfalls die aus der Berliner Dampfmühle in den Ausstand getretenen.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Rückforth-Konzern. Kapitalerhöhung beantragen die zum Rückforth-Konzern gehörenden Betriebe: Elysumbrauerei Steitin um 6 Mill. Mark; Fr. Rückforth Wm., A.-G., Steitin um 8 Mill. Mark; Bergschloßbrauerei und Malzfabrik Brandt, Grünberg i. Schl. um 1,8 Mill. Mark.

„Gabal“ Spirituosenwerke Akt.-Ges. Unter der Mitwirkung der J. A. Gilka Akt.-Ges., Berlin, und der Lindener Aktienbrauerei, Hannover-Linden, wurde die „Gabal“ Spirituosenwerke Akt.-Ges., mit dem Sitz in Hannover-Linden, gegründet.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Mitgliederzunahme des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die seit Mitte vorigen Jahres erriecht eingetretene Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahl des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat vom zweiten auf das dritte Quartal d. J. weitere, recht erfreuliche Fortschritte gemacht. Die jüngste, in Nr. 47 des „Korrespondenzblattes“ veröffentlichte Zusammenstellung der Mitgliederzahlen der Zentralverbände ergibt für Ende September einen Gesamt-

bestand von 8 135 620 Mitgliedern. Gegen den Schluß des Vorjahres ist nach dem vorliegenden Ergebnis bisher eine Steigerung der Gesamtmitgliederzahl um 383 663 zu verzeichnen.

Beachtenswert ist, daß mit der Mitgliederzahl Ende September der bisherige Höchststand an Mitgliedern am Schluß des 2. Quartals 1920 mit 8 144 981 fast wieder erreicht ist, abgesehen inzwischen der Angestelltenverband, der in den Höchststand mit 402 748 Mitgliedern einbezogen ist, aus dem A.D.G.V. ausschied.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug Ende September 1 753 576, die seitig gegen den Schluß des Vorjahres um 60 410.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Neue Regelung der Einkommensteuer. Der Reichsrat beschloß in seiner öffentlichen Sitzung am 9. November mit der von der Regierung eingebrachten Novelle zum Einkommensteuergesetz. Die Vorlage enthält einschneidende Änderungen für das nächste Jahr, für 1923.

Der allgemeine Steuerfuß wird so ausgestaltet, daß die Grenze des steuerbaren Einkommens, bei der nur 10 Proz. zu erheben sind, auf das Vierfache erhöht wird.

Table with 2 columns: Income level and Tax rate. Rows range from 400 000 Mk. (10%) to higher levels.

Die allgemeine Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2000 Mk. für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 400 000 Mk. beträgt und um je 4800 für minderjährige Kinder. Außerdem sind besondere Ermäßigungen für Steuerpflichtige über 60 Jahre vorgesehen, deren Einkommen 200 000 Mk. nicht überschreitet.

Für 1922 ist in der Regierungsvorlage lediglich der allgemeine Steuerfuß etwas ermäßigt worden. Der Betrag, bis zu dem die Steuer nur 10 Proz. beträgt, ist von 100 000 Mk. auf 250 000 Mk. erhöht worden.

Die Reichsratsausschüsse haben die Regierungsvorlage im wesentlichen unverändert angenommen und nur die Ermäßigung für die über 60 Jahre alten Personen etwas erhöht. Die Vorlage wurde im Plenum nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Zur Preisentwicklung. In der vergangenen Woche hat sich die Marktlage wesentlich besser gehalten als in der ersten Novemberwoche. Der Dollarkurs hat sich auf 195 bis 200 gehoben, was dem deutschen Marktwert entspricht. Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen zurückgegangen, während die Preise für Industrieprodukte sich im allgemeinen gehalten haben.

Arbeiterversicherung. Änderungen in der Angestelltenversicherung. Am 1. November sind wichtige Änderungen in der Angestelltenversicherung eingetreten. Versicherungspflichtig sind jetzt sämtliche Angestellten, und zwar lediglich der Angestelltenversicherung. Die Doppelversicherung der Angestellten vor geringeren Gehältern ist damit beseitigt worden.

meister, Brennmeister, Bodenmeister auf Speichern; im allgemeinen sämtliche Bureauangestellten, soweit sie nicht ausschließlich mit Botengängen, Reinigung, Aufreinerung und ähnlichen Arbeiten beschäftigt werden. Auch die Werkstattdreher sind versicherungspflichtig. Neu in die Versicherungspflicht sind einbezogen worden: Handlungs- und Bureaulehrlinge. Der Reichsarbeitsminister ist außerdem ermächtigt, durch Ausführungsbestimmungen die Berufsgruppen näher zu bestimmen, die in den versicherungspflichtigen Personenkreis fallen; bei Streit zwischen den Versicherungsträgern soll die Zugehörigkeit zur Angestelltenversicherung mit einer übereinstimmenden Erklärung des Arbeitgebers und des Angestellten dem Streitfall endlich entschieden sein.

Die Berechtigung der freiwilligen Versicherung ist beträchtlich erweitert. Personen, die für eigene Rechnung eine ähnliche Tätigkeit wie die in § 1 genannten ausüben, können sich, indes nur vor Vollendung des 40. Lebensjahres, selbst versichern. Dasselbe gilt für die nach §§ 7, 8 und 10 Ziffer 4 des Gesetzes versicherungsfreien Personen.

Die Beiträge zur freiwilligen Weiterversicherung müssen in der Regel mindestens dem Durchschnitt der letzten sechs Pflichtbeiträge entsprechen. Es gibt keine neue Möglichkeit, sich von der eigenen Beitragsleistung auf Grund von Lebensversicherungsverträgen befreien zu lassen.

Das Beitragsverfahren bleibt für die Zeit bis zum 31. Dezember 1922 das alte; erst für die folgende Zeit sind Marken zu heben.

Table: Die Gehaltsklassen und Beiträge, die mittels Marken zu quittieren sind. Columns: Monthly income, Annual contribution, Monthly contribution.

Die Grenze der Versicherungspflicht auf jährlich 340 000 Mk. erhöht worden.

Mit dieser starken Erhöhung der zuletzt ganz unzureichenden Beiträge ist deren ursprüngliches Verhältnis zum Arbeitsverdienst wiederhergestellt worden, so daß auch die Leistungen wieder auf eine angemessene Höhe gebracht werden konnten. Sie bestehen künftig aus einem Grundbeitrag, Steigerungsbeiträgen nach Maßgabe der gezahlten Beiträge, und aus Beitragszulagen. Auch Kinderzulagen sind eingeführt worden.

Beistellt sind die besonderen Rechtsprechungsorgane der Angestelltenversicherung. Hinfällig sind die Spruchbeurden der allgemeinen Reichsversicherung, also Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und Reichsversicherungsamt zuständig, und die Vorschriften über das Verfahren vor diesen Behörden gelten auch für die Angestelltenversicherung.

Literarisches.

Seien aus Akt des Arbeiterrechts. Von Heinz Rothhoff, München. 32 Seiten. Preis 110 Mk. Berlin 1922. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H.

„Sozialökonomie 1922.“ Verlag Buchverlag Vorwärts, Berlin S. B. 68. Preis 157,50 Mk. Der diesmal mit besonderem reichem Bildschmuck ausgestattete Almanach für das arbeitende Volk spiegelt lebendigste die großen Kulturströmungen in der sozialistischen Bewegung wider, die den Arbeiter körperlich, geistig und sittlich emporkommen.

„Das Erbe.“ Von der früheren Staatsministerin Frau Senf-Rossig in einem fesselnden Verlage von J. S. D. Diez Nachl. Berlin S. B. 68. erster Teil. Ein Buch für jedermann verständlich behandelt und an der Hand von vielen Originalbeispielen zahlenmäßig erläutert. In einem Anhang wird die Beherrschung des Erbschaftes nach den neuesten Vorschriften (Gesetz vom 29. Juli 1922) behandelt. Der Lebenspreis des Buchleins beträgt zurzeit 45 Mk. Seine Anschaffung ist für jedermann nützlich.

Lehrbuch für Kommunisten. Buchverlag Vorwärts, Berlin S. B. 68. Samstags und Sonntagvormittags 1922. Ein Buch für jedermann verständlich behandelt und an der Hand von vielen Originalbeispielen zahlenmäßig erläutert. In einem Anhang wird die Beherrschung des Erbschaftes nach den neuesten Vorschriften (Gesetz vom 29. Juli 1922) behandelt. Der Lebenspreis des Buchleins beträgt zurzeit 45 Mk. Seine Anschaffung ist für jedermann nützlich.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“: Berlin D. 27, Schilderstraße 61V. Fernsprecher: Amt Köpenick 275

Diese Woche ist der 49. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Zeitungsempfänger!

Befehl und bezieht nicht mehr Exemplare der „Verbands-Zeitung“ als Mitglieder vorhanden sind; überschüssige gelieferte Exemplare bezieht bei der Expedition der „Verbands-Zeitung“ ab. Dadurch erspart sich der Organisation erhebliche unnötige Geldausgaben.

Einsendungen von Geldern an die Hauptverwaltung.

Die Kassierer der Ortsvereine werden ersucht, bei Einsendung von Geldern auf der Rückseite der Zahlkarte stets anzugeben, wofür die Gelder bestimmt sind: Quartalsgeld, Extramarken, Protokolle, Inserate usw.

Beiträge für Extramarken, Protokolle, Inserate usw. sind nicht in die Quartalsabrechnung einzulegen.

Geachtete Kolonialbestände.

Mienburg a. d. S. 1 Mk.; Chemnitz 10 Mk. (pro Monat) ab 1. September; Puch 4 Mk. ab 1. 10. 22; Solingen 8 Mk. ab 1. 10. 22; Kassel 6 Mk.; Striegau Kolonialbeitrag von 3 Mk. auf 5 Mk. erhöht; Worms 5 Mk. ab 1. Januar; Apolda 7 Mk. ab 1. 10. 22.

Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse

vom 27. November bis 2. Dezember.
(Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079 Brauerei- und Mühlenarbeiter G. m. b. H., Berlin O. D.)
Einnahmen: 37 423,— und 24 917,20; Frankfurt a. d. O. 18,—; Grotswald 10 000,—; Riesa 22 000,—; Schwabau 10 000,—; Gotha 768,—; Pheja 1494,—; Stuttgart 1098,—; Burg b. Magbg. 1741,20; Berlin 75 000,—; Beuthen 5000,—; Burg b. Magbg. 5000,—; Cappel 100 000,—; Holzwinden 4900,—; Landsberg b. Halle 5000,—; Magdeburg 60 000,— und 1716,—; Nürnberg 65 000,—; Stolp 10 000,—; Hamburg 1018,—; Königsberg i. Pr. 1730,— und 1749,—; Mersheim 121,—; Arndsee 1000,—; Eisleben 18 000,—; Gera 50 000,—; Görtz 26 000,—; Wülheim a. d. Ruhr 11 801,50; Schlochau 7000,—; Würzen 90 000,—; Hannover 858,—; Darmstadt 20 000,—; Dessau 55 000,—; Jüsterburg 10 000,—; Neuhardenberg 7000,—; Neustadt a. d. Haardt 10 000,—; Schwiebus 5383,10; Segeberg 684,91; Waldenburg 34 000,—; Wolfach 11 000,—; Danzig 1230,—; Reutlingen 106,—; Bremerörde 6000,—; Würtlingen 9300,—; Hameln 100 446,—; Münster 20 000,—; Würzburg 69 000,—; Zwickau 15 000,—; Calbe 10 000,—; Dresden 80 000,—; Elmhagen 3225,—; Frankenhäusen 2615,—; Kaufbeuren 19 819,20; Kolberg 9000,—; Pajewalk 9000,—; Pflungstadt 20 000,—; Ramslau 30 000,—; Würzburg 28 000,—; Halle 858,— Mk.

Materialverand.

(R. = Mitgliedsarten. B. = Mitgliedsbücher. Der Wert der Beitragsmarken ist in Ziffern (a 60 usw.) angegeben.)
Schneifurt: 100 a 80, 300 a 104, 200 a 120, Weibel: 100 a 100, 100 a 72, 200 a 112. Kolberg: 200 a 64. Alt-ruppin: 400 a 56. Freiburg i. Schl.: 100 a 80, 200 a 120. Glehmannsdorf: 400 a 72, 100 a 56. Hamm: 300 a 14, 400 a 36, 500 a 56, 500 a 70. Hagnau: 100 a 72, 200 a 104, 200 a 112. Spremberg: 200 a 72. Nachen: 200 a 12, 200 a 40, 200 a 48. Solingen: 100 a 48, 500 a 112. Speyer: 100 a 40, 100 a 34. Grabow: 300 a 80. Beuthen: 100 a 88. Göppingen: 300 a 64. Mugsdorf: 2000 a 104, 2000 a 120. Mannheim: 200 a 46, 2000 a 128, 3000 a 144. Langensalza: 300 a 48, 500 a 104. Gera: 1800 a 80, 2000 a 128. Luckenwalde: 100 a 64, 100 a 112. Bielefeld: 3000 a 104, 3000 a 112, 3000 a 120, 3000 a 128, 2000 a 136, 2000 a 144, 1000 a 152, 1000 a 160. Gießen: 50 a 8, 100 a 72, 300 a 96. Erfurt: 200 a 64, 300 a 80, 1000 a 104, 1000 a 120. Kufel: 100 a 136. Wilsnack: 50 a 48, 100 a 96, 100 a 104. Münsingen: 100 a 120, 50 a 56. Konstadt O.-S.: 200 a 4, 200 a 112. Halle: 3000 a 112. Lobenstein: 50 a 16, 100 a 30. Rothmannsdorf: 1200 a 88. Tiffel: 20 R., 50 a 0,50. Würzen: 200 a 80, 100 a 120, 1400 a 128, 100 a 0,50. Dörfow: 100 a 64. Magdeburg: 1000 a 72, 2000 a 112, 2000 a 120. Glogau: 200 a 32, 100 a 48, 200 a 64, 200 a 80. Düsseldorf: 2000 a 30. Lindau: 100 a 100, 100 a 120, 100 a 128. Jüsterburg: 200 a 56, 500 a 72, 500 a 80. Königsberg i. Pr.: 100 a 30, 1200 a 56, 1000 a 88, 1600 a 96, 1600 a 104. Burg: 200 a 120. Straß: 100 a 64, 100 a 96. Neustadt a. d. S.: 200 a 96. Strehlitz: 500 a 120. Kofenheilm: 400 a 104. Ratibor: 300 a 120. Merseburg: 500 a 128. Landskron: 2000 a 120. Braunschweig: 1000 a 104, 2000 a 112, 2000 a 120, 2000 a 128, 2000 a 136, 2000 a 144. Bochum: 3000 a 112. Danzig: 600 a 176, 600 a 184, 600 a 192. Storkow: 100 a 80, 100 a 96. Harburg: 1000 a 120. Eiegenitz: 300 a 96, 300 a 104, 300 a 112. Neumünster: 100 a 88. Mülhause: 100 a 48, 800 a 120. Mienburg: 5 R., 200 a 120. Zwickau: 100 a 42, 100 a 74, 200 a 78. Hildesheim: 400 a 112. Würzen: 100 a 120. Ravensburg: 300 a 72. Metzen: 100 a 152, 600 a 160. Neuhaldensleben: 200 a 22, 50 a 28, 500 a 64. Steffin: 200 B., 3000 a 80. Cuxin: 100 a 30, 100 a 72, 200 a 80, 100 a 88. Braunschweig: 600 a 88, 600 a 96, 1400 a 152. Orfelsburg: 200 a 32, 300 a 64, 500 a 82. Coburg: 200 a 50, 400 a 72. Apolda: 300 a 72, 300 a 128. Bartenstein: 300 a 72. Darmstadt: 200 a 96, 100 a 88. Christianstadt: 100 a 88, 200 a 112. Weiskensels: 60 a 50, 100 a 80, 100 a 84, 120 a 120. Leobitzsch: 200 a 120, 200 a 16. Gießen: 5 a 6, 300 a 88, 200 a 112, 100 a 104. Salzwedel: 100 a 8, 200 a 80. Bernburg: 300 a 120. Hamburg: 1400 a 104, 8000 a 192. Reichenbach: 600 a 104, 600 a 120, 600 a 136. Lübeck: 200 a 8, 1000 a 1000. Schlochau: 500 a 56.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.
Fortmund. Bureau, Postfach 32, 1. Telefon: Nr. 5974. Geöffnet von 10 bis 11 Uhr, nachmittags von 3 bis 7 Uhr. Sonntags und Feiertagen geschlossen. Vorsitzender: Bruno Bernhardt, Postfach 32.

Briefkasten.

S., Bielefeld. Die Antwort auf die literarische Ueberzeugung, die außerdem, soweit sie gestellt werden konnten, auch in drei Zeitungen enthalten war, findet du in Nr. 49 der Verbands-Zeitung unter Rundschau. Wieder mal schlecht aufgepaßt!

Mein „Ideal-Schuh“

Am 26. November starb unser treuer Kollege Heinrich Wehm nach langer und schwerem Leiden an den Folgen eines Unfalls. Ihre tiefen Anklagen. Christiana Düsseldorf.

Unsere Kollegen Loreng Neukirch und seiner lieben Frau die besten Glückwünsche zur Silberhochzeit.

Die Kollegen der Zahlstelle Essen a. d. Ruhr.

Unsere Kollegen Otto Claus und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Brauerei Eisenberg, Lübeck.

Unsere Kollegen Hermann Schläpfer und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Wülheim a. d. Ruhr.

Brauereigeldscheide

wie Abbildung, das Beile. Was es gibt, Tagespreis 5000 Mk. Josef Urban. Cham i. Bay.

Wasserfeste Branerilinde

prima Reinwindleder, extra starke, extrafein. Preis 5400 Mk. Versand nach. Freie Wahlzeit.

Haus Fernreiter, W i n n e n u

Leiderstr. 5 II. nächst Hofbräuhaus

Ein tüchtiger R i i f e r

welcher mit allen Brauereifertigkeiten vollständig vertraut ist, per sofort gesucht. Auf und Logis in nächster Nähe der Brauerei vorhanden. Lohn nach Vereinbarung. Fach. Stellung ist für dauernd. Brauerei Jüterbog, H. G., Grüne i. Westf.